
Kerneuropa oder demokratisches Europa?

László Lengyel

Jedesmal, wenn die Vereinigten Staaten eine neue imperiale Initiative ergreifen, zieht sich ein Teil des kontinentalen Europa hinter seine Bastionen zurück. Jedesmal, wenn sich Europa zu erweitern beginnt und sich dabei übernimmt, ergreifen die Vereinigten Staaten weltweit Maßnahmen, um diesem Schachzug entgegenzuwirken. Wir erlebten das in den sechziger Jahren, als der von einem universellen Liberalismus motivierte Präsident Kennedy daranging, die politische, wirtschaftliche und militärische Ordnung der Welt neu zu ordnen, was dann das französisch-deutsche Duo de Gaulle und Adenauer veranlaßte, sich hinter die Mauern eines *Kerneuropa* zurück zu ziehen. Präsident de Gaulle legte ein Veto gegen die Aufnahme Großbritanniens, Dänemarks und Portugals in den Gemeinsamen Markt ein. Lange Zeit hindurch entwickelte Europa seine eigenen Institutionen unter Ausschluß von Großbritannien, Skandinavien, der iberischen Halbinsel sowie Mittel- und Osteuropa.

In den frühen achtziger Jahren gingen Hunderttausende Deutsche, Briten, Italiener und Franzosen auf die Straße, um gegen die Stationierung amerikanischer *Pershing*-Raketen zu protestieren und gegen Reagans und Thatchers Spielarten des Neokonservatismus zu kämpfen. Die Völker Kerneuropas bestanden auf Wohlfahrtsstaat und Pazifismus. Sie wollten bloß Frieden, und sei es um den Preis, daß Polen in der Finsternis des Ausnahmezustandes versank, und gleichzeitig Millionen von Mittel- und Osteuropäern weiterhin hinter dem Eisernen Vorhang abgeschnitten blieben.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion ließ die Westmächte deutlich erkennen, daß alle globalen Institutionen auf der Prämisse des bipolaren Systems des Kalten Kriegs beruhten. Werden diese Organisationen auch in einer »wiedervereinigten« Welt funktionsfähig bleiben? Wird es genügen, sie zu reparieren, oder wird man eine völlig neue Infrastruktur an ihre Stelle setzen müssen?

In den Jahren von 1943 bis 1989 waren amerikanische Politiker die Vorreiter eines globalen Systems politischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Strukturen und Friedenspläne. Die Vereinigten Staaten besaßen die Kühnheit, diese Frage anzureißen, und die Macht, sie auch zu verwirklichen. Erfolgreiche amerikanische

Politiker schafften es, erst den *status quo* zu durchbrechen und die Bruchlinien zu überbrücken. Weniger erfolgreiche Politiker kippten manchmal das Gleichgewicht, ohne es wiederherstellen zu können, und mußten sich mit der geringeren Ausarbeitung einer kompromißloser Konsolidierung bescheiden. Durch die Schaffung der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, und ihre in Teheran und Jalta eingebrachten Vorschläge für die Gestaltung eines Friedenssystems nach dem Zweiten Weltkrieg, entzogen Franklin D. Roosevelt und seine Mannschaft einem negativen Machtausgleich zwischen Diktatoren den Boden. Präsident Harry Truman setzte den Mechanismus einer Nachkriegsordnung in Gang, angefangen von den internationalen Kriegsverbrecherprozessen und dem Marshall-Plan, den GATT-Verhandlungen bis zur Politik der Abschreckung im Kalten Krieg und der Schaffung der NATO. Präsident John F. Kennedy kippte dieses Gleichgewicht erneut, er löste die Frage der Bewältigung von nuklearen Krisen zwischen den Supermächten und bewirkte die Liberalisierung des Welthandels. Allerdings gelang es Kennedy nicht, sein *Grand Design*, die Richtlinien für die europäisch-amerikanische Interdependenz in Politik, Wirtschaft und Sicherheitsfragen zu verwirklichen, das gleiche Schicksal widerfuhr Präsident Johnsons *Great Society* oder dem Programm für die Einbeziehung Lateinamerikas in das System der Industriestaaten. Schließlich schaffte es Präsident George Bush sen., Deutschlands Wiedervereinigung herbeizuführen, eine gemeinsame Aktion aller Großmächte im Golfkrieg zu arrangieren und den Friedensprozeß im Nahen Osten im Zuge der Konferenzen von Madrid und Oslo wieder in Gang zu setzen.

Gemeinsam mit anderen Supermächten schlug Amerika die Schaffung multilateraler und funktionstüchtiger Weltorganisationen vor und bewirkte dann ihr tatsächliches Entstehen. Allerdings übersahen die idealistischen Proponenten der neuen Weltordnung gelegentlich die Tatsache, daß diese neuen Organisationen geschaffen wurden, um das Gleichgewicht und die Harmonie zwischen Nationen herzustellen, deren Interessen und Werte einander häufig diametral entgegenliefen. Aber trotz dieser inhärenten Widersprüche und der immer wieder aufflammenden Krisen waren diese Strukturen im großen und ganzen bis zum Jahr 1989 imstande, neue Herausforderungen anzunehmen.

Vor dem Hintergrund dieser Weltordnung, und manchmal im Widerspruch dazu, schufen die großen europäischen Politiker die gemeinsamen Strukturen des alten Kontinents. Die westliche Hälfte eines durch den Krieg verwüsteten und aufgeteilten Deutschlands wandte sich Europa zu. Frankreich, Großbritannien und Belgien sahen sich schmerzlich genötigt, ihre Kolonien und imperialen Träume aufzugeben, was bald darauf auch in Spanien und Portugal geschah. Wenn die Struktur der internationalen Gemeinschaft so beschaffen war, daß sie, manchmal, wenn auch unzulänglich, die nationalen Ambitionen der Vereinigten Staaten übertünchten, so versuchten Frankreich und Deutschland gleichermaßen das europäische Haus mit den Stützbalken ihrer nationalen Ansprüche zu festigen.

Das demokratische Imperium

Die »Wiedervereinigung« Deutschlands, Europas und der Welt schlechthin führte dazu, daß die Supermächte von ihrem früheren Kurs abließen. Die Vereinigten Staaten waren zur einzigen *Hypermacht* geworden. (Es war der französische Außenmini-

ster, Hubert Vedrine, der 1999 einen neuen Begriff schuf, um Washingtons Vorherrschaft in der Welt nach dem Kalten Krieg zu charakterisieren. Er sagte, die Vereinigten Staaten seien nun jetzt nicht mehr die alte *superpuissance* von einst, sondern vielmehr eine *hyperpuissance*, ein Begriff, der, nach seiner Auffassung, Amerikas übermäßig dominante Position unterstrich, und zwar nicht bloß im wirtschaftlichen oder militärischen Sinn, sondern auch im kulturellen Bereich.)

Die amerikanischen Eliten und das amerikanische Volk waren auf das Ende des Kalten Kriegs kaum vorbereitet gewesen. Auch wenn die Vereinigten Staaten nun über genügend Macht verfügten, um die alte internationale Ordnung umzustrukturieren bzw. eine neue zu schaffen, waren offenbar sämtliche aufeinanderfolgende amerikanische Regierungen nicht imstande, die nun erforderlichen geistigen Grundlagen zu schaffen: der Regierung Bush sen. fiel es schwer, den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Golfkrise zu verdauen; in seinen zwei Amtsperioden bemühte sich Clinton, angespornt durch seinen idealistischen Liberalismus und multinationalen Eifer, um eine Wiedervereinigung Europas durch die Ausweitung der NATO, und versuchte gleichzeitig, den Friedensprozeß im Nahen Osten unter Dach und Fach zu bringen, aber sie alle waren nicht imstande, entsprechende neue institutionelle Strukturen im globalen Ausmaß zu schaffen.

Das Versagen bei der Schaffung einer neuen globalen Ordnung hatte viel damit zu tun, daß die Regierungen von Bush sen. und Clinton, wenn auch auf unterschiedliche Weise, vom *big business* geprägt wurden. Beide Präsidenten hielten das Banner des freien Handels hoch, mit der weltweiten Deregulierung, den allgemeinen Menschenrechten, der Verschmelzung von Märkten und Gesellschaften, der Liberalisierung von Investitionen, der globalen Ausweitung anglo-amerikanischer Vorstellungen von Führung, Kontrolle und Bewertung von Konzernen. Die globalisierte Utopie eines Clinton und Blair beinhaltete den Export politischer und wirtschaftlicher Gepflogenheiten und Werte, die im Angelsächsischen wurzelten. Das Fernziel war das Entstehen einer globalen Wirtschaft, die durch keine nationale Interventionen behindert würde, einer Marktwirtschaft, die auf den Grundsätzen des *laissez-faire* beruhte und die die größtmögliche Menge an Gütern für die größtmögliche Anzahl von Menschen lieferte. Die Folge war, daß sich die Vereinigten Staaten in den sechziger Jahren zum Wächter der allgemein gültigen Normen aufschwangen, und Strafen für Abweichungen von diesen Grundsätzen verhängten.

Überwacher der Weltordnung

Dieser Politik schien bis zum Ende der neunziger Jahre ein strahlender Erfolg beschieden zu sein. Das Wirtschaftswachstum, die Globalisierung schienen dieser optimistischen Utopie Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die Verwerfungen des Jahres 1989 ließen nicht nur den militärischen Rivalen der USA, die Sowjetunion, als Trümmerhaufen zurück, sondern auch den wirtschaftlichen Konkurrenten Japan, der in den achtziger Jahren übermäßig expandiert hatte. Der anglo-amerikanischen Welt gelang es letztlich, daß Japan, Kontinentaleuropa, China, Rußland, Südostasien sowie Mittel- und Osteuropa die anglo-amerikanischen Maßstäbe in den Bereichen Welthandel und börsenkonformen Finanzierungssystemen übernahmen, woran sie dann die Konkurrenzfähigkeit ihres Kapitals, ihrer Arbeitskräfte und ihrer Produkte bewerteten,

sowie auch die Fähigkeit oder Unfähigkeit des jeweiligen Staates bei der Ankurbelung seiner Wirtschaft. Zunächst war da Japan, das nun die Rechnung dafür bezahlen mußte, daß es aus dem Weltmarkt, und vor allem den amerikanischen Märkten, mehr herausholen wollte, als es verdauen konnte. Der Preis waren dann Jahrzehnte der Stagnation, Deflation, die Lähmung des Arbeitsmarktes und ein bankrotter Bankensektor. Die damals im Aufschwung befindlichen südostasiatischen Staaten mußten 1997 die gleichen Erfahrungen machen.

Seit den späten neunziger Jahren kamen die Vereinigten Staaten in zunehmendem Maße hinter dem breiten Rücken der internationalen Institutionen zum Vorschein. Sie übernahmen den Job der Überwachung der internationalen Weltordnung, manchmal nur zögernd, aber manchmal durchaus freudig. Als die internationalen Strukturen in zunehmendem Maße nicht mehr in der Lage waren, in Situationen, in denen komplexe und schnelle Entscheidungen zu treffen waren, einzugreifen, waren die Vereinigten Staaten immer weniger geneigt, sich mit den eigenständigen, »störenden« Maßnahmen anderer Staaten abzufinden. Die Anzeichen von Brüchen im internationalen Finanzsystem und in den internationalen Organisationen traten immer deutlicher und immer häufiger zutage: 1995 in Mexiko, 1997 in Asien, 1998 in Rußland, 1999 in Brasilien und 2001 in Argentinien. Diese Krisen machten deutlich, daß die Weltwirtschaftsordnung, wie sie in den achtziger Jahren geschaffen worden war, ihre geistigen und organisatorischen Reserven erschöpften. Nach dem halbherzigen Unilateralismus der wirtschaftlichen Reaktionen auf die Situation in Mexiko im Jahr 1995 und der politisch-militärischen Reaktion in Kosovo im Jahr 1999, kam es überwiegend zu unilateralen Entscheidungen. Die amerikanische Regierung kritisierte mit Recht die umständlichen Entscheidungsprozesse der internationalen Organisationen und die nachfolgenden humanitären Katastrophen. Indessen waren weder Bill Clinton noch George W. Bush imstande, mehr anzubieten, als die von den USA vermittelten bilateralen Lösungen und *Ad-hoc*-Interventionen.

Ein »neues Rom«?

Schon zu Zeiten Clintons begann Amerika sein Engagement in Europa zu lockern und sich immer mehr auf den pazifischen Raum, den Nahen Osten und Lateinamerika zu konzentrieren. In diesen Jahren war allerdings der Clintonsche Rückzugsplan, der 1998 begonnen hatte, noch durch Clintons politische Linie überdeckt. Der internationalen Staatengemeinschaft war es durchaus klar, daß Amerika als stärkste Macht frei entscheiden konnte, welche Regeln der Gemeinschaft man beherzigen und welche man ignorieren wollte, dennoch hoffte man, daß dieses Verhalten nicht von Dauer sein würde, und daß die USA unter Clinton oder seinem Nachfolger früher oder später die von ihnen selbst geschaffenen Regeln beherzigen würden. Man vertraute Amerika mehr als den eigenen Augen. Wenn Amerika Al Gore und die Demokraten gewählt hätte, dann wären diese sicherlich weiterhin und in zunehmendem Maße in Richtung Unilateralismus und Imperialismus marschiert, aber sie hätten sich gleichzeitig bemüht, in die Welt der multilateralen Lösungen zurückzukehren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Bündnispartner nur dann in der Lage, die amerikanische Politik tatsächlich zu beeinflussen, wenn es in Washington ein Kräftegleichgewicht gab. Clinton wurde nur deshalb zur ständigen Suche nach Ausgleich und Konsens mit seinen ausländischen Partnern gedrängt, weil seine Partei im

Kongreß in der Minderheit war, weil er unter dem Druck der Justiz stand und der Oberste Gerichtshof ein starkes Gegengewicht bildete. Er mußte die meisten Beschlüsse gegen die Opposition der Republikaner durchbringen. Bush jun. hingegen kann sich auf den Kongreß, die Justiz und den Obersten Gerichtshof stützen.

Wenn die Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren anfangen, an Rom zu erinnern, dann war dies das Rom der Stoiker, das seinen Universalitätsanspruch ausweitete. Es war das Rom des Marc Aurel, der in seinen Meditationen (VI. 44) anmerkte: »Mein Wesen ist rational und gemeinschaftsbezogen; meine Stadt und mein Land... das ist Rom, aber insoweit ich ein Mensch bin, ist es das Universum. Was also von Vorteil ist für diese beiden Städte, und nur das ist auch gut für mich.« Zwei Gemeinschaften, zwei Städte: das eine ist das bestehende Rom mit seinen realen Rechten und Pflichten, und das andere die universelle ideale Gemeinschaft. Die Spannung und die Beziehung zwischen diesen beiden sind es, die der imperialen Gemeinschaft Kraft verleihen.

Die Regierung Bush des Jahres 2000 entspricht dem zum Christentum bekehrten Rom; sie ist prophetisch in ihren Voraussagen und erfüllt von biblischem Eifer, sie betrachtet sich als Missionar einer bestimmten Zivilisation, als *imperia christiana*, mit dem unwiderstehlichen Drang zur Vorherrschaft. Eine nicht besonders geglückte wirtschaftliche Globalisierung wurde ersetzt durch eine selbstbewußte, militärische Globalisierung. Der Rückzug aus Europa, und die, nach amerikanischer Auffassung, Verkündung allgemeingültiger Werte und Institutionen ist jetzt klar und deutlich zutage getreten. So wie einst die Feinde des konstantinischen Roms, betrachtet man die Gegner Amerikas als Feinde des Glaubens, als das heimliche Böse, und das räumt den Guten das Recht auf Intervention und Krieg ein. Die Vereinigten Staaten hissen das Banner des Protektionismus sowie des tugendhaften, imperialen Nationalstaates, der gnadenlos die Gerechtigkeit vollzieht. Abgesehen von der Selbstregulierung, bedient man sich wieder des Staates zur direkten Ankurbelung der Wirtschaft und zur Überwachung der Öffentlichkeit.

US-Messianismus

Wir erleben heute die Geburt eines neuen, nationalistischen Messianismus: Gott schuf Amerika und sein Volk, um die Völker der Welt auf den Pfad der Freiheit zu führen. Die geltenden Normen und Institutionen der internationalen Gemeinschaft sind nicht fähig, dem Guten den Weg zu ebnen und das Böse zu vertreiben. Statt dessen haben in Wirklichkeit ihre Unfähigkeit und Kraftlosigkeit das Böse, den Terror und das Entstehen von Schurkenstaaten begünstigt. Die moderne Geschichte sei ein natürlicher Vorgang, die, ausgehend von einer internationalen Unordnung, hinführe zu einer geordneten Welt, die sich im Einklang befindet mit den Aspirationen der für den Fortschritt eintretenden auserwählten Nation – den Vereinigten Staaten.

Der Unterschied zwischen dem »jungen Amerika« und dem »alten Europa« ist nicht, daß Amerika an den Markt glaubt, während Europa den Sozialstaat bevorzugt; die eigentliche Wasserscheide ist der Umstand, daß Amerika zum »Konvertiten« geworden ist, erfüllt von Bekehrungseifer, um seine Ideologie, sein Bekenntnis und seine Methoden als die einzigen von der Vorsehung diktierten Optionen zu verkünden. Das Ziel ist es, die westliche Zivilisation vor dem drohenden, immer stärker werdenden China oder dem Islam zu retten. Nationale Größe und Konservatismus

haben die Herrschaft angetreten. »Eine Neo-Reagansche Außenpolitik wäre gut für die Konservativen, gut für Amerika und gut für die ganze Welt. Man bedenke, daß die erfolgreichsten republikanischen Präsidenten dieses Jahrhunderts, Theodore Roosevelt und Ronald Reagan, Amerika so sehr inspirierten, daß sie mit Freude jene neue internationale Verantwortung übernahmen, die Hand in Hand mit vermehrter Macht und Einfluß ging. Beide feierten Amerikas Auserwähltheit. Beide bewirkten, daß die Amerikaner stolz waren auf ihre weltpolitische Führungsrolle« (William Kristol und Robert Kagan). Heute, oder vielleicht auf Dauer, schaffte Amerika den Übergang von einer *Laissez-faire*-Gesellschaft hedonistischer und individualistischer Konsumenten zu einer Zivilisation der Familie, der kleinen Gemeinschaften und einem Staat, der von prophetischer Weisheit, doktrinärer Moral und strengen Vorschriften regiert wird.

Die Regierung Bush meint, es sei ihre Christenpflicht, dem amerikanischen Volk und allen Völkern dieser Welt Werte wie Keuschheit, Enthaltensamkeit, Abstinenz, Abtreibungsverbot, Respekt vor Autorität, Stärke und Tradition sowie Demokratie und Gemeinschaftsgeist beizubringen. Als erste Reaktion waren viele Europäer, Heiden oder Stoiker, Katholiken oder Postkommunisten gleichermaßen entsetzt angesichts dieses moralischen und geistigen Eiferertums; aber es gibt auch Europäer, die sich diesem neuen Glauben mit Begeisterung anschließen.

Inmitten all dieser Turbulenzen im globalen Wirtschaftsklima gelang es den Leuten am Steuer, den Jumbojet der amerikanischen Wirtschaft glatt zu landen. Die Flexibilität und der Konkurrenzvorsprung der Vereinigten Staaten vor seinen Rivalen stellten sicher, daß die Rezession in den USA nicht aus dem Ruder läuft. Wenn die Kalkulation des Präsidenten Bush stimmt, dann wird die amerikanische Wirtschaft, doppelt angekurbelt durch die Ausgaben der Bundesregierung und die Umstrukturierung der nahöstlichen Märkte, bald wieder Tritt fassen. Eine solche Politik vermag kurzfristig Erfolge zu bringen, so wie Siege in einem Krieg. Aber da Bush um seine Wiederwahl kämpfen muß, könnte sich diese Kurzfristigkeit für die Regierung als langer Weg erweisen.

»In Wirklichkeit sollte man das Problem der Schaffung eines amerikanischen Imperiums eher als ›unterkühlten Imperialismus‹ bezeichnen. So haben weder die Öffentlichkeit noch der Kongreß den Willen bekundet, umfassende Mittel für die Umstrukturierung von Staaten und deren Regierungsformen zu bewilligen, im Gegensatz zu ihrem Eintreten für militärische Stärke. Die gesamten Mittel für das Außenministerium und die amerikanische *Agency for International Development* umfaßten nur ein Prozent des Bundesbudgets. Die Vereinigten Staaten geben etwa sechzehnmal so viel für die Landesverteidigung aus, und es scheint, daß es diesbezüglich auch in Zeiten der Steuersenkungen und Budgetdefizite zu keiner Änderung kommen wird« (Joseph S. Nye jun.). Die direkten Kosten der Besetzung des Irak – und des Kriegs nach dem Krieg – können gedeckt werden, aber die indirekten institutionellen und moralischen Kosten werden wesentlich höher sein. Die Vereinigten Staaten erhoben das Mißtrauen gegenüber der internationalen Ordnung zur Selbstverständlichkeit. Es ist noch nicht so lange her, daß Präsident Nixon unter dem Druck des Vietnamkriegs und der amerikanischen Wirtschaftslobbys das Abkommen von Bretton Woods einseitig aufkündigte. Die alte Ordnung war eine Ordnung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität; die unordentliche neue Ordnung ist eine des Kriegs, der Konflikte und der Unsicherheit.

Deutsche Selbstüberschätzung

Die Bundesrepublik Deutschland als Zugpferd der Konjunktur hatte sich in den Jahren nach 1989 übernommen. Sie wurde ein Opfer ihres Siegs von 1989, so wie einst Frankreich nach 1918 oder Großbritannien nach 1945. Die deutsche politische und wirtschaftliche Elite war sich sicher, daß sie imstande sein würde, viele Dinge gleichzeitig zu bewältigen: die Eingliederung der ostdeutschen Länder, die Einhaltung des Stabilitätspaktes der Europäischen Union, sowie das von den Amerikanern beflügelte Globalisierungswettrennen gewinnen zu können. Und sie meinte, sie könnte das alles tun, ohne die Rahmenbedingungen der deutschen sozialen Marktwirtschaft substantiell zu verändern.

Deutsche Politiker interpretierten 1989 als Triumph des Frankfurter Modells – *modèle rhénum* – und meinten, ein europäisches Deutschland habe die Kraft, ein Europa nach eigenem Bild zu formen, Westeuropa an erster Stelle, Osteuropa an zweiter. Die Entscheidungsträger einer starken deutschen Wirtschaft vertrauten darauf, daß sie sich durchsetzen würden im weltweiten Rahmen der neunziger Jahre, dessen Bezugspunkte von anglo-amerikanischen Ideen beherrscht wurden, wie das auf europäischem Terrain in den siebziger und achtziger Jahren der Fall gewesen war. Offenbar wurden die Deutschen von der »japanischen Krankheit« erfaßt, als sie kühn aus dem protektionistischen europäischen Kokon ausbrachen, um strategisch wichtige amerikanische Wirtschaftszweige zu übernehmen, wobei sie als Maß ihres Erfolges die New Yorker Aktienkurse betrachteten und dabei den schützenden Bereich der regulierten Märkte sowie die dreifache Allianz von Staat, Großunternehmen und Großbanken ebenso hinter sich ließen wie ihren unbeweglichen Arbeitsmarkt. Dabei scheiterten sie. Die deutschen Unternehmensgiganten Deutsche Telekom, Daimler-Benz, Mannesmann, Deutsche Bank, Allianz erkrankten schwer durch ihr Überengagement in den amerikanischen Märkten, wie das auch bei den Japanern der Fall gewesen war, die einst schon an die Pforten Hollywoods geklopft hatten.

Die deutsche Wiedervereinigung stürzte den Mitvorsitzenden Frankreich schockartig in außenpolitische Verwirrung. (Durch den Versuch, die deutsche Wiedervereinigung zu hintertreiben, bewirkte Frankreich das Ende des seit einem Jahrzehnt bestehenden Vertrauensverhältnisses zu Deutschland. Die Franzosen nörgelten wegen der geplanten Osterweiterung der Europäischen Union, sie bestanden auf ihrer bankrotten Landwirtschaftspolitik gegenüber allen anderen Unionsmitgliedern und machten Fehler auf dem Balkan.) Französische Wirtschaftskreise, die sich auf die 1983 durchgeführten Wirtschaftsreformen stützten, die den französischen Firmen im Zuge der anhaltenden Konjunktur der neunziger Jahre die Modernisierung und Globalisierung ihrer Geschäftstätigkeit ermöglichte, unternahmen tapfere Vorstöße in Europa, Rußland, Lateinamerika und auch in Nordamerika.

Indessen mangelte es dieser Kampagne an entsprechenden Grundlagen. Den französischen Regierungen gelang es nicht, grundsätzliche Reformen auf dem öffentlichen Sektor und in der Verwaltung durchzusetzen. Die 1981 erfolgten Bemühungen um eine Dezentralisierung waren ins Stocken gekommen, die Versuche einer Reform des öffentlichen Sektors durch Rocard im Jahr 1988, Juppé im Jahr 1995, Allègre im Jahr 1999 und Santter gerieten ins Stocken, und Raffarinns Pläne für 2003 scheinen zu spät zu kommen. Die französische Wirtschaft verlangsamte sich, das wirtschaftliche Überengagement führte zu Fehlschlägen.

Im Gegensatz dazu war Großbritannien trotz Blut, Schweiß und Tränen nach 1945 imstande, sein Empire aufzugeben, und hatte in den achtziger und neunziger Jahren, unter den Regierungen Thatcher und Blair, den Mut zu einem Kurswechsel. Die Bundesrepublik hingegen konnte sich weder zu Reformen noch zum Rückzug entschließen. Kaum ist dieser Rückschlag überwunden, beginnen deutsche Wirtschaftsführer wieder von einem neuen Vorstoß zu träumen, statt einen Rückzug sowie Mittel und Wege zu einer Abschreibung der Verluste ins Auge zu fassen. Mitten in einer alarmierenden Deflation stützt die Bundesrepublik weiterhin eine starre und unbewegliche Finanzpolitik, wie sie im Stabilitätspakt vorgesehen ist.

Zurück zu Kerneuropa?

Das einzige Gebiet, in dem Deutschland offenbar bereit ist, bestimmte Positionen aufzugeben und seinen früheren aktiven und oft großzügigen Einfluß zu verringern, ist Mittel- und Osteuropa – eine traurige Überraschung für diese Staaten. Nachdem Deutschland mehr oder weniger aussichtslos riesige Summen in seine östlichen Provinzen hineingesteckt hatte, hatte man keine Lust mehr, sich weiterhin bemühen zu müssen, diese Übergangswirtschaften durch deren ständige Anpassungsprobleme zu steuern. Die Osterweiterung der Europäischen Union, das Lieblingssteckenpferd von Kanzler Kohl, war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre kaum mehr als ein von der NATO betriebenes britisch-amerikanisches Unterfangen. Angesichts des französisch-deutschen Bündnisses zeigten Nizza und Kopenhagen den »neuen Demokratien« eine tückische und ungesellige EU – die Kontinentalmächte hatten sich wieder nach innen gewandt, zurück zu einem Kerneuropa. Die deutsche Wirtschaft konnte oder wollte die erfolgreichen Politiker in Berlin und auch die im allgemeinen selbstzufriedene Öffentlichkeit nicht drängen, sich den Herausforderungen des anglo-amerikanischen Modells zu stellen. Bis zum Jahr 2003 waren alle Reformbemühungen – sei es von rechts oder von links – gescheitert. Die Bundesrepublik hat noch immer die sozialen und politischen Strukturen, wie sie seit dem Ende der sechziger Jahre geschaffen wurden. In diesem Rahmen wirken sowohl die globale Wirtschaft als auch die nicht integrierten Ostprovinzen wie Fremdkörper. Ein Deutschland, das die gesellschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung erst noch zu verdauen hat, muß sich vorrangig den Herausforderungen der Modernisierung stellen, was man seit dem Ende der achtziger Jahre fahrlässig versäumt hat. Vor allem müssen die Debatten über die Aufgaben des Staates, die Beziehungen zwischen den entscheidenden Interessensgruppen ebenso ein Ende finden wie die Debatten über Deutschlands Aufgaben in Europa und in der Welt.

Seit der Schaffung der deutschen Bundesrepublik schwankte man ständig zwischen einem proamerikanischen Atlantizismus und einem europazentrierten Integrationismus. Seit dem Ende der sechziger Jahre kam es durch die innerhalb der europäischen Gemeinschaft erfolgte wirtschaftliche Integration zu einer Art von Gleichgewicht, während man sich in bezug auf die Sicherheitsbedürfnisse auf das atlantische Bündnis stützte. Zur gleichen Zeit verfolgte die Bundesrepublik ihre spezifischen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen in Mittel- und Osteuropa. Das vereinigte Deutschland ist sich seiner Rolle in der Welt von heute nicht mehr gewiß. Deutschland sucht seinen Platz innerhalb der Europäischen Union, aber die EU hat keine konsequente und langfristige Außen- und Sicherheitspolitik. Seit dem Golf-

krieg zeigte jede neue Krise, daß die BRD, wie sehr sie sich auch bemühen mag, nicht imstande ist, Konflikte aus eigenem, sei es auf friedliche Weise oder durch militärische Intervention, ohne die Vereinigten Staaten zu lösen.

Zusammen mit der wirtschaftlichen Rezession und der »japanischen Krankheit« hat die fundamentale Wende der Regierung Bush mit ihren unilateralen und unvorhersehbaren Entscheidungen die Deutschen und Franzosen so schockiert, wie einst die Kennedy-Doktrin den konservativen Adenauer und de Gaulle in den frühen sechziger Jahren, oder Reagan ganz Europa in den frühen achtziger Jahren schockierte. Machtspiele werden heute durch Machtfülle geregelt, und nicht nach den Normen von Recht und Unrecht, von Gut oder Böse.

Es ist kaum feststellbar, ob es Amerikas Kulturrevolutionen der Jahrhundertwende waren, die Europas eigenen Zusammenstoß der Kulturen verschärften, oder ob das letztere eine notwendige Begleiterscheinung von Europas eigener Unsicherheit war. So wie die Demokratie in Amerika erleben auch die europäischen Demokratien eine Durststrecke. Mit der traditionellen Anziehungskraft der freiheitlichen Demokratien, die ihnen den Vorsprung gegenüber den monolithischen Systemen sicherte, ist es vorbei, ebenso mit dem Haupttrivale dieser Demokratien. Korruption, Rassismus, Stimmenkauf, Parteien, die sich Stimmen mittels populistischer Schlagworte und populistischer Politik verschaffen, haben in den Massendemokratien heute freie Bahn. Die Aussichten sind trübe. Typischerweise erwies sich die katholische Kirche als Hauptgegner der heutigen amerikanischen Politik in Europa, aber auch weltweit. Papst Johannes Paul II. warf gegen den militärischen Konflikt sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale, und stellte die Authentizität des christlichen Eifers Amerikas in Frage.

Washingtons extremer Unilateralismus

Seit dem 11. September ist Amerika stark genug, um jegliche internationale Aktion allein durchzuführen, jeder internationalen Organisation einen genehmen Beschluß abzurufen, oder einen Beschluß zu ignorieren, wenn er einem nicht paßt. Die unilateralen Aktionen der Vereinigten Staaten sind jedoch unzureichend, wenn es um die Stabilisierung der Nachkriegssituation geht (siehe Afghanistan, Irak oder den israelisch-palästinensischen Konflikt), oder wenn die großen internationalen Ordnungsstrukturen anerkannt und eingesetzt werden müßten. In Europa sind Deutschland und Frankreich stark genug, entweder um jede Aktion zu behindern, oder nach Beendigung des Konflikts bei den Stabilisierungsprogrammen Hilfestellung zu leisten, sie sind aber unfähig, eine internationale Ordnung mit oder ohne die USA zusammenzustoppeln. Die Antwort, die die Vereinigten Staaten auf die fehlenden Reformen der globalen Organisationen auf die eigenen Probleme anzubieten haben, erweist sich als wildgewordener Unilateralismus. Die Vereinigten Staaten wollen nicht zulassen, daß andere bei ihren Entscheidungen ein Mitspracherecht haben sollen, und sie wollen nicht dulden, daß ihnen bei der Durchführung ihrer Beschlüsse jemand im Wege steht. Andererseits haben Deutschland und Frankreich seit dem Ende der neunziger Jahre auf die Problematik des institutionellen Überbaus und die eigenen innenpolitischen Schwierigkeiten mit einem Unilateralismus europäischer Prägung reagiert. Als die Vereinigten Staaten ihre nationalen Interessen entdeckten, und das gegen Ende des Jahrtausends auch allen Ländern klar machten, waren

Deutschland und Frankreich schnell bei der Hand, desgleichen zu tun. Wenn es um Verhandlungen mit kleineren EU-Mitgliedstaaten und mit den »neuen Demokratien« in bezug auf die Reform der künftigen Leitungsstrukturen Europas geht, nimmt die französisch-deutsche Allianz bedenkenlos eine harte Haltung ein.

Es nimmt daher nicht wunder, daß Großbritannien angesichts seiner wachsenden wirtschaftlichen und politischen Kraft die Initiative ergriff. Seit den späten neunziger Jahren haben sich Blair und Großbritannien als die reformfreudigste europäische Macht erwiesen. Sie steuern Europa in Richtung vermehrter Marktliberalisierung mit Antitrustgesetzen und der Aufwertung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, und sie befürworten die EU-Osterweiterung sowie eine neuartige Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in Sicherheitsfragen als Alternativmodell zu der im wesentlichen konservativen Haltung des französisch-deutschen Bündnisses, die auf die Aufrechterhaltung des *status quo* hinausläuft. Den Briten und den hinter ihnen stehenden Amerikanern gelang es, die Mehrzahl der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten sowie der fünfundzwanzig, die bald zu Europa gehören werden, auf ihre Seite zu ziehen. Allerdings könnte sich dieser Sieg als kurzlebig erweisen, da Tony Blair wohl zu weit gegangen ist, und sich Großbritannien mehr vornahm, als es bewältigen konnte. Die wirtschaftliche Abhängigkeit hat enormes Gewicht: so wie die Staaten Kontinentaleuropas, ist auch Großbritannien mit Europa, vor allem mit Deutschland und Frankreich, mehr verbunden als mit den Vereinigten Staaten.

Im Verlauf der Kontroversen im atlantischen Bündnis bemühten sich Frankreich und Deutschland, im Sicherheitsrat die Stimmen Rußlands und Chinas für sich zu gewinnen. Die russischen und chinesischen Politiker zogen es jedoch vor, sich nicht festzulegen und lieber abzuwarten. Da sich Rußland und China für Vorschläge zur Schaffung neuer internationaler Strukturen nicht zuständig fühlten, taten sie letztlich nichts anderes, als die eigenen Interessen zu vertreten und Europas Obstruktionspolitik nur fallweise zu unterstützen.

Die Dilemmata der neuen Demokratien

Die ehemaligen Sowjetblockländer Mittel- und Osteuropas schwanken zwischen nationalistisch-chauvinistischen, proto-empirischen Phantasien und einer euro-atlantischen Realpolitik, verbunden mit dem inzwischen akzeptierten Drang, sich anzugleichen und Leistungen zu erbringen. Prophetischer Eifer, ideologische und nationalistische Begeisterung, die Abscheu vor dem Konsumkapitalismus sehen sich konfrontiert mit säkular, marktwirtschaftlich und proeuropäisch gesinnten künftigen Mitgliedern des Westens. Die von den Turbulenzen der Transformation beeinflussten Eliten und Bevölkerungen sehen sich hin und hergerissen zwischen einer Politik des Gebens und Nehmens und einer vernunftbestimmten Einstellung zu Europa.

Die sogenannten Vernunftrepublikaner bemühten sich mehr oder weniger, einen Ausgleich zwischen Atlantizismus und integrationistischen Tendenzen zu finden, und unterstreichen vor allem ihre gleichermaßen freundschaftliche Gesinnung gegenüber den Vereinigten Staaten und den europäischen Mächten, und ihren Wunsch, der NATO ebenso beizutreten wie der Europäischen Union. Die Geschickteren unter ihnen folgten der von Deutschland vor 1989 gepflegten Einstellung: wirtschaftliche Integration in Europa, ein Sicherheitsbündnis mit den Vereinigten Staaten und der NATO sowie eine Politik des Ausgleichs gegenüber den östlichen Nachbarn und Rußland.

In Zeiten des euro-atlantischen Friedens, als Mutter Europa und Vater Amerika – Venus und Mars – in harmonischer Gemeinschaft lebten, erwiesen sich diese von Vernunft bestimmten Formen als außerordentlich erfolgreich hinsichtlich der mittel- und osteuropäischen Politik. Aber als es in dieser Ehe zu kriseln begann, als Mama zu schreien begann und Papa aggressiv wurde, verwirrte das die zerbrechlichen »neuen Demokratien«. Die im Widerspruch befindlichen Mächte wollten sofort eindeutige Stellungnahmen zu dringenden Weltproblemen einfordern. Aber die mittel- und osteuropäischen Politiker waren es seit Jahrhunderten gewohnt, das zu tun, was die jeweilige vorherrschende Macht in der Region von ihnen verlangte. Und wenn sie dabei scheiterten – wie die Ungarn 1848–1849, 1918–1919 oder 1956, oder Polen 1831, 1862, 1971, 1979–81 –, dann wurden sie brutal abgestraft.

Wenn die Ungarn einmal an der Seite einer bestimmten Macht in den Krieg ziehen, dann kann man darauf wetten, daß sie sich am Ende auf der Verliererseite finden werden; wenn die Ungarn einer internationalen Organisation beitreten, dann wird diese ihre Tätigkeit früher oder später einstellen; wenn sich Mächte wegen irgendeiner Streitfrage in den Haaren liegen, dann beziehen die Ungarn mit Sicherheit Prügel von beiden Seiten, bis dann beide Streitparteien Hand in Hand abziehen. Ungarn entschied sich 1989 für Europa und den Westen, nicht weil es einen Sieg erwartete, sondern weil diese Wahl seine einzige relative Überlebenschance war.

Wer nimmt heute den Platz der vorherrschenden Macht ein? Früher waren es Amerika und Europa gemeinsam gewesen, zumindest aus der Sicht Mittel- und Osteuropas. Aber wer ist es heute? Washington, Berlin oder Paris? Welches Modell sollten wir übernehmen? Früher war es der Euro-Atlantizismus, die ungewisse Mischung aus universeller Globalisierung und europäischem Regionalismus, in der Amerika den Frieden und die Sicherheit nach außen gewährleistete, und Europa im Inneren. Aber was sollen wir jetzt übernehmen? Das amerikanische oder das europäische Modell? Sollen wir die innere Sicherheit wegen der äußeren aufgeben? Oder umgekehrt? Sollen wir uns an das amerikanische Modell halten, das uns nicht nur zur Entsendung von Truppen in den Irak drängt, sondern uns auch wegen des Kampfes gegen den Terrorismus nötigt, den internationalen Gerichtshof abzulehnen, umfassende Persönlichkeitsprofile unserer Bürger abzuliefern, die Todesstrafe und Nulltoleranz ebenso in Erwägung zu ziehen wie vermehrte polizeiliche Aufgaben für den Staat? Soll die Zukunft so aussehen? Wird Gertrud Himmelfarbs »Kultur der ordentlichen 1950er« den Sieg über die »rebellischen 1960er« davontragen? Und all das in einer Zeit, in der wir gerade von der Unterdrückung durch ein anderes Imperium befreit wurden, daß es darauf angelegt hatte, seine Ideologie zu verbreiten.

Oder sollten wir die kerneuropäischen Initiativen unterstützen, die französisch-deutschen Abkommen, die Großen Brüder, die die EU-Neulinge spalten und die Kleinen Brüder ins Abseits drängen? Müssen wir uns hinter die zögerlichen Reformen und Europas nicht vorhandene Außen- und Sicherheitspolitik stellen? Wir würden gerne unseren Teil beitragen und gute Arbeit leisten. Die Vereinigten Staaten erwarten von uns, daß wir uns auf eine Art und Weise verhalten, die Europa verärgert, und umgekehrt. Beide Seiten locken uns mit vagen Versprechungen und drohen mit konkreten Strafen. Beide haben es auf unsere Spaltung angelegt. Wie könnten wir gleichzeitig eifrige und patriotische Christen und friedliebende, säkularisierte Kosmopoliten sein? Der britische Premierminister der Viktorianischen Zeit, Lord Palmerston, brachte das einmal folgendermaßen zum Ausdruck: »Es gibt keine perma-

nenten Allianzen, nur bloß permanente Interessen.« Flexibilität à la Mittel- und Osteuropa kann Wunder wirken. Früher oder später werden wir den Amerikanern und Franzosen koscheres Schweinefleisch liefern. Aber heute? Heute bestimmen die täglichen Schwankungen der Machtverhältnisse unsere Entscheidungen. Wenn uns Mutter Europa zur Europaprüfung nach Kopenhagen ruft, dann loben wir ihre Frisur; wenn Vater Amerika an unsere Tür tritt, damit wir ihm in Irak helfen, und seine britischen und spanischen Busenfreunde uns zumindest Loyalitätsbekundungen entlocken – wir unterschreiben sie und bewundern Papas Muskeln.

Die Menschen in Mittel- und Osteuropa verabscheuen den Krieg. Sie haben genug von den Schrecken der vergangenen blutigen Kriege und neuerdings auch vom Blutvergießen auf dem Balkan. Die Polen, Tschechen, Ungarn und Slowaken waren alle gegen die Kriege in Kosovo, Afghanistan und Irak. Sie glauben weder an Kriege mit humanitären Zielsetzungen noch an Kriege zwecks Verbreitung der Demokratie. Aber ihre Regierungen sehen sich gegen den Willen ihrer Völker genötigt, die internationalen Verpflichtungen ihrer Staaten zu erfüllen. Auf Frieden und Sicherheit hoffend, marschieren die Bürger der Demokratien in Richtung Europa.

Wie wir es heute rückblickend sehen, hat die amerikanisch-europäische Partnerschaft, die um die Mitte der neunziger Jahre gleichsam an das antike Rom und Athen erinnerte, die größtmöglichen Chancen nicht nur für uns in Mittel- und Osteuropa gebracht, sondern auch für die Welt als Ganzes. Das war das Silberne Zeitalter, als die Institutionen zwar gealtert und absterbend, aber immer noch funktionsfähig waren. Und die Welt war durchschaubar. Indessen leben wir heute in einem Eisenzeitalter, in dem Macht und Prophezeiungen regieren und die Welt undurchschaubar geworden ist.

Kerneuropa hat eine Reihe von kritischen Zeiten erlebt. Um die Mitte der sechziger Jahre war es zur Lachnummer geworden, und in den frühen achtziger Jahren hieß die japanische Krankheit *Eurosklerose*. Und doch hat das alte Europa, wenn auch an Alter und Übergewicht leidend, die schwierigen Zeiten überstanden. Das alte Europa überlebte die Sowjetunion, die es zu verschlingen drohte, und es hat eine Reihe atlantischer Krisen standgehalten. Heute ist Europa größer als je zuvor; es handelt sich jetzt nicht mehr bloß um ein Kerneuropa oder das fränkische Reich. Aber sich vom Rest der Welt abzuschotten, wird auch nichts nützen. Europas Zukunft liegt in Offenheit, Zusammenarbeit und Dialog, sowie in einer geistigen und intellektuellen Erneuerung. Europas Identität umfaßt nicht nur eine kerneuropäische Identität, das heißt, eine französische, deutsche und Benelux-Identität, sondern auch iberische, skandinavische, britische und irische, baltische und mitteleuropäische Identitäten; es ist ein Europa von Männern und Frauen, von Kindern und Alten, von physisch behinderten Menschen und Minderheiten. Es ist ein Gebiet, auf dem säkulare und religiöse, katholische und protestantische, orthodoxe und jüdische, islamische und buddhistische Welten aufeinanderstoßen und sich einigen können. Die Zukunft liegt nicht in mit missionarischem Eifer erfüllten ideologischen Formeln, sondern in der Zusammenarbeit von Kulturen, die auf vielfache Weise denken und handeln.